

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### Drei Initiativen vorgelegt

Luft und Wasser sollen  
sauberer werden

Seite 3

## IM FOKUS

### Just Transition Fund

2,5 Milliarden Euro für deutsche  
Braunkohlereviere

Seite 5

### Europa vor Ort

Wie Magdeburg vom Europäischen  
Chip-Gesetz profitiert

Seite 6



## AUSZEICHNUNG

### Sacharow-Preis für das ukrainische Volk

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Verleihung des diesjährigen Sacharow-Preises an das ukrainische Volk gewürdigt. Sie erklärte: „Die EU steht an der Seite des mutigen ukrainischen Volkes. Ihr Geist und ihre Entschlossenheit, für die Werte zu kämpfen, die uns am Herzen liegen, ist eine Inspiration für uns alle.“

Der Sacharow-Preis wird jährlich vom Europäischen Parlament verliehen. Er ist benannt nach dem Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow (1921-1989), der sich in der Sowjetunion für Menschenrechte einsetzte.

Ehrung

## EXPERTEN-TREFFEN IN BERLIN

### Von der Leyen dringt auf strukturierte Hilfe für die Ukraine

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die internationale Gemeinschaft zu einer verlässlichen und gut strukturierten Unterstützung der Ukraine aufgerufen. Gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz als derzeitigem Vorsitzenden der G7 lud sie zu einer Wiederaufbaukonferenz in Berlin und sagte dort: „Wir haben keine Zeit zu verlieren. Das Ausmaß der Zerstörung ist erschütternd.“

> Die Weltbank beziffert die Schäden der russischen Angriffe in dem Land auf mindestens 350 Milliarden Euro. Von der Leyen bot die europäische Unterstützung bei der Koordinierung der internationalen Hilfen an. Die Präsidentin sicherte der Ukraine in Berlin die weitere Unterstützung durch die EU zu. Zugleich skizzierte sie die Grundlinien für einen Wiederaufbau des Landes: „Ein neuer Marshall-Plan für die Ukraine muss dem europäischen Grünen Deal entsprechen. Dies ist die Gelegenheit zum Sprung in eine moderne, wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft.“ Von der Leyen mahnte zudem an, beim Wiederaufbau die Menschen vor Ort miteinzubeziehen. Die Präsidentin erklärte: „Das gewährleistet Transparenz bei wichtigen Entscheidungen. Und Geld ist bekanntlich kein Allheilmittel, es braucht auch die richtigen Einrichtungen.“

### Maßnahmen gegen steigende Gaspreise

Zuvor hatten die Mitgliedstaaten auf einem Gipfel in Brüssel über weitere Maßnahmen zum Dämpfen der Energiepreise beraten und im Grundsatz einen Vorstoß der EU-Kommission zur gemeinsamen Beschaffung von Erdgas gebilligt. Von der Leyen erklärte nach dem Treffen mit den Staats- und Regierungschefs: „Wir haben nun einen sehr guten und stabilen Fahrplan, um die Arbeiten zum Thema Energiepreise fortzusetzen.“

Die Initiative der EU-Kommission gegen steigende Gaspreise sieht unter anderem vor:

> **Gemeinsame Gas-Beschaffung:** Vom kommenden Jahr an müssen die Gasspeicher in den Mitgliedstaaten zum 1. November zu 90 Prozent gefüllt sein. >>

# “ Die Bündelung der Nachfrage ist ein Muss. ”

Ursula von der Leyen,  
Präsidentin der EU-Kommission

>> Die Kommission schlägt vor, mindestens 15 Prozent dieser Gasreserven über eine gemeinsame Plattform einzukaufen. Energieunternehmen dürfen Konsortien bilden, um ihre Käufermacht auf dem Weltmarkt zu bündeln. EU-Energiekommissarin Kadri Simson bekräftigte bei einem Treffen der Energieministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten: „Die gemeinsame Gas-Beschaffung ist Realität.“

> **Neuer Preisindex:** Bislang ist die bestimmende Leitmarke für den Gaspreis in der EU der Amsterdamer Index Title Transfer Facility (TTF). Der Spotmarkt erfasst jedoch vor allem Gaslieferungen über Pipelineverbindungen. Seit der russischen Invasion in der Ukraine setzen die Mitgliedstaaten aber verstärkt auf Lieferungen von verflüssigtem Erdgas LNG (Liquified Natural Gas) per Schiff, etwa aus den USA. Für diesen LNG-Markt kommt bis spätestens März kommenden Jahres ein eigener Preisindex.

> **Preiskorridor:** Um Spekulationen und Marktverzerrungen auf dem Energiemarkt bis dahin zu begegnen, werden extreme Preisausschläge auf dem TTF-Markt gedämpft. Ziel ist es, mit einer dynamischen Preisregulierung kurzfristige Marktverzerrungen zu vermeiden. Von der Leyen erklärte: „Wir werden einen Marktkorrektur-Mechanismus einführen, um speziell extreme Preisspitzen auf dem Gasmarkt zu begrenzen und sicherzustellen, dass der Markt sich ordnungsgemäß aufbaut.“

> **Solidaritätsmechanismus:** Nach der SoS-Regelung (Security of Supply) aus dem Jahr 2017 können sich die Mitgliedstaaten durch bilaterale Verträge untereinander Gaslieferungen im Fall von Versorgungsengpässen zusichern. So hat Deutschland etwa entsprechende Abkommen mit Dänemark und Österreich abgeschlossen. Die Kommission setzt nun auf verbindliche Regeln, die festlegen, dass sich Mitgliedstaaten im Fall von Engpässen gegenseitig helfen.

Zudem werden Maßnahmen geprüft, um den Strompreis von den Gaskosten zu entkoppeln. Simson erklärte beim Treffen der Energieministerinnen und Energieminister der Mitgliedstaaten: „Wir werden eine Obergrenze für Gas, das zur Stromerzeugung genutzt wird, weiter untersuchen.“

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine sind die Energiepreise stark gestiegen. Die EU-Kommission hatte unter anderem das Programm REPowerEU vorgelegt, das den Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne bis 2030 auf 45 Prozent vorsieht. Um den Anstieg der Strompreise zu bremsen, hatte die Kommission vorgeschlagen, den Preis auf 180 Euro pro Megawattstunde (MWh) zu begrenzen. Zufallsgewinne der Energieunternehmen, die darüber hinausgehen, werden abgeschöpft, um damit Haushalte und Unternehmen zu entlasten.

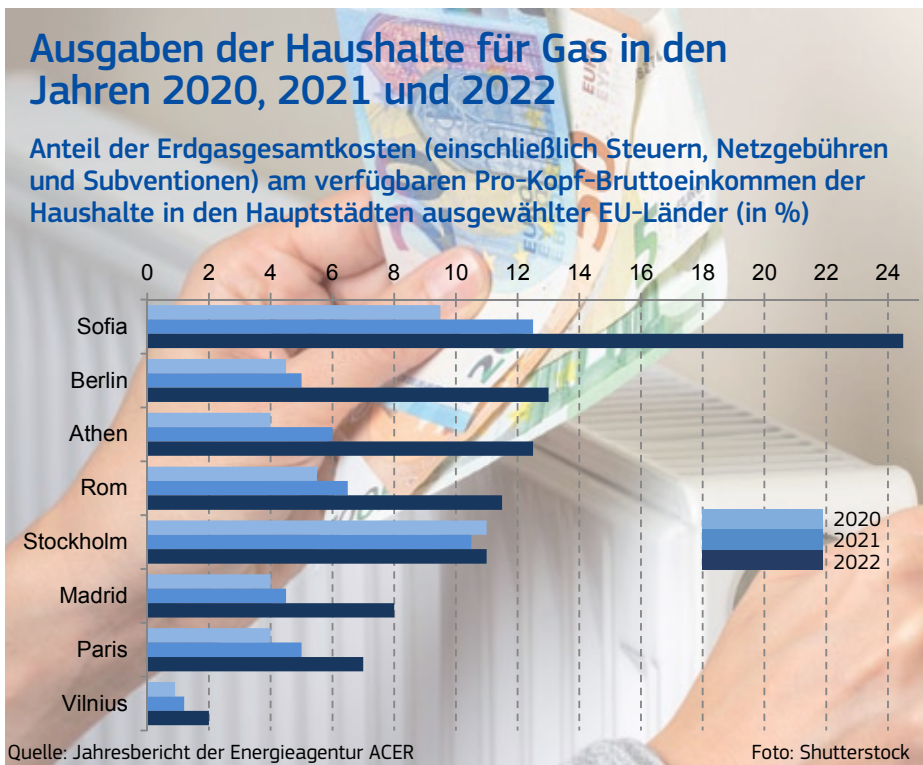
**Schutz der kritischen Infrastruktur**  
Mit Blick auf russische Angriffe auf Energieeinrichtungen in der Ukraine rief die EU-Kommission die Mitgliedstaaten zum besseren Schutz der kritischen Infrastruktur auf. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson mahnte: „Wir sind verpflichtet, wachsam zu sein, um aktuelle und künftige Bedrohungen für unsere kritischen Infrastrukturen zu entschärfen.“

Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten auf, die kritische Infrastruktur Stresstests zu unterziehen. Zugleich sollen die jüngsten EU-Regelungen zum Schutz der kritischen Infrastruktur schneller umgesetzt werden. So müssen die Mitgliedstaaten nach der im Juni verabschiedeten Regelung über die Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen (CER-Richtlinie – Resilience of Critical Entities) unter anderem nationale Resilienzpläne erstellen. Die NIS2-Richtlinie (Netzwerk- und Informationssysteme) definiert gemeinsame Sicherheitsstandards für die IT-Infrastruktur. So werden Cyberangriffe künftig an eine zentrale Stelle gemeldet. (pr) >|

## Gasverbrauch sinkt

Die Gasspeicher in Deutschland sind nach Angaben der Bundesnetzagentur mit 97,73 Prozent gefüllt. Das liegt über dem EU-Durchschnitt von 92 Prozent.

Im September 2022 verbrauchten Industrie und Haushalte in Deutschland zusammen 1.458 Gigawattstunden (GWh) Erdgas, das ist unter dem Durchschnitt der Jahre von 2018 bis 2021 von 1.765 GWh Gas.



EU-KOMMISSION LEGT DREI INITIATIVEN VOR

## Luft und Wasser sollen sauberer werden



Die EU-Kommission hat drei Initiativen vorgelegt, die den Schadstoffgehalt in Luft und Wasser bis 2030 drastisch senken sollen. Die Vorschläge sind ein wichtiger Fortschritt für das Null-Schadstoff-Ziel des europäischen Grünen Deals: eine schadstofffreie Umwelt bis 2050. In einer ersten Initiative soll die Feinstaubbelastung von Luft an die Standards der Weltgesundheitsorganisation WHO angepasst und bis 2030 halbiert werden. Zudem wird die Einhaltung von Grenzwerten der Luftbelastung künftig leichter einklagbar sein, auch Sammelklagen im Fall nachweisbarer Folgeschäden werden ermöglicht. Ein zweiter Vorstoß soll die Belastung von Abwasser und Schlamm kommunaler Kläranlagen senken. Zum Schutz von Oberflächen- und Grundwasser erweitert die

Kommission in ihrer dritten Initiative die Schadstoffliste für regelmäßige Kontrollen um 25 weitere Chemikalien. Neu aufgenommen werden unter anderem das Pestizid Glyphosat, die Chemikalie Bisphenol A, das als Weichmacher in Kunststoffen Verwendung findet, sowie PFAS (Perfluorierte Alkylsubstanzen), die etwa in Beschichtungen von Textilien, Schuhen und Haushaltsgegenständen eingesetzt werden.

In Europa sterben pro Jahr rund 300.000 Menschen vorzeitig an den Folgen einer erhöhten Schadstoffbelastung der Luft. In einer Eurobarometer-Umfrage mahnten 62 Prozent der Befragten in Deutschland strengere Regeln für Luftschadstoffe an, das ist leicht unter dem EU-Durchschnitt von 67 Prozent. Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland (58 Prozent) befürwortet ein Vorgehen beim Schutz der Luftqualität auf EU-Ebene, europaweit liegt der Durchschnitt bei 46 Prozent.

■ *Vorschläge für bessere Luft- und Wasserqualität*

PANDEMIE

## Weitere Booster-Impfstoffe zugelassen

Die EU-Kommission hat weiteren Omikron-Impfstoffen der Unternehmen Moderna sowie BioNTech/Pfizer die Zulassung erteilt. Sie folgt damit einer Empfehlung der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA. Die beiden Booster-Impfstoffe sind an die Omikron-Subvarianten BA.4 und BA.5 angepasst. Die Wirksamkeit gegen den Ausgangserreger bleibt gültig. EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides mahnte: „Mit Blick auf die steigenden Fallzahlen in Europa ist es wichtig, dass diesen Winter alle ihren Schutz über Impfungen und Booster stärken.“

Die EU-Kommission hatte die Mitgliedstaaten bereits Anfang September aufgerufen, Corona-Maßnahmen für den Winter zu treffen und unter anderem eine Auffrischungsimpfung für über 60-Jährige empfohlen. Kyriakides erklärte: „Im Klartext heißt das, dass wir uns für eine weitere Saison voller Herausforderungen wappnen müssen.“

■ *Omikron-Impfstoffe*

STUDIE

## Deutschlands COVID-Hilfen im Mittelfeld

Die EU-Kommission hat die staatlichen Beihilfen der Mitgliedstaaten während der Pandemie untersucht. Demnach zahlten die 27 EU-Staaten bis Ende vergangenen Jahres insgesamt 939,80 Milliarden Euro an Beihilfen aus, das entspricht 3,39 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). In absoluten Zahlen stützte Deutschland seine Wirtschaft mit 226,2 Milliarden Euro europaweit am stärksten, gefolgt von Frankreich (223,2 Milliarden Euro) und Italien (205,3 Milliarden Euro).

Relativ zur Wirtschaftskraft leistete Italien die größte Unterstützung mit 5,99 Prozent des BIP, gefolgt von Spanien (5,27 Prozent), Ungarn (4,98 Prozent), Frankreich (4,69 Prozent) und Griechenland (3,98 Prozent). Deutschlands Hilfen liegen relativ betrachtet mit 3,28 Prozent des BIP knapp unter dem EU-Durchschnitt von 3,39 Prozent. Die EU-Kommission hatte die Beihilferegeln während der Pandemie gelockert.

■ *Beihilfen*

AUSSENPOLITIK

## Mitgliedstaaten verhängen Sanktionen gegen Iran

Wegen des brutalen Vorgehens gegen Demonstrierende im Iran haben die Mitgliedstaaten der EU Sanktionen gegen insgesamt elf Verantwortliche des Landes erlassen. Für die Gelisteten gilt ein Einreiseverbot in die EU, zudem wird ihr Vermögen in Europa eingefroren. Die EU reagiert damit auf zahlreiche Todesfälle und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Iran. Dort kommt es nach dem Tod von Mahsa Amini zu Demonstrationen gegen das Regime. Die Frau hatte sich geweigert, in der Öffentlichkeit ein Kopftuch zu tragen.

Darüber hinaus verabschiedeten die Mitgliedstaaten Sanktionen gegen iranische Offizielle und Einrichtungen, weil das Land militärische Drohnen an Russland für den Einsatz gegen zivile Ziele in der Ukraine geliefert hatte. Josep Borrell, der Hohebeauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, erklärte: „Wir gehen gegen alle vor, die die russische Invasion unterstützen.“

■ *Sanktionen*

## GESETZESINITIATIVEN

# Kommission legt **Arbeitsprogramm** für das **kommende Jahr** vor

Stabile Energiepreise, Ausbau der Wasserstoffwirtschaft, eine Überprüfung der Haushaltsmittel für die Jahre bis 2027 – das sind nur einige der Schwerpunkte der EU-Kommission im kommenden Jahr. Maroš Šefčovič, Vizepräsident für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau der EU-Kommission, erklärte: „Das nächste Arbeitsprogramm der Kommission wird von unseren Bemühungen getragen, die dringendsten Herausforderungen wie die Energiekrise zu bewältigen und gleichzeitig die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern.“



© European Union, 2022

Vizepräsident Maroš Šefčovič drängte darauf, rasch zu einer Einigung über die zentralen Legislativvorschläge zu gelangen.

> Insgesamt kündigte Šefčovič für das kommende Jahr 43 Gesetzesinitiativen an.

**7** Vorhaben, die besonders wichtig werden:

- 1 Strom- und Gaspreis entkoppeln:** Bislang orientiert sich der Strompreis an den Kosten des teuersten Energieträgers, Gas. Fachleute sprechen vom Prinzip der Merit Order – der Reihenfolge des Vorteils. Bereits Anfang des kommenden Jahres legt die EU-Kommission eine Initiative zur Reform des Strommarkts vor, um die Stromkosten vom Gaspreis zu entkoppeln. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte: „Wir werden gegen die hohen Energiepreise vorgehen, um die Belastungen für Familien und Unternehmen in ganz Europa zu verringern, und gleichzeitig unseren grünen Wandel beschleunigen.“
- 2 Finanzen:** Die EU arbeitet traditionell mit einem Mehrjahreshaushalt. Der aktuelle Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 wurde vor der Pandemie und Russlands Krieg in der Ukraine erstellt. Er wird mit Blick auf neue Herausforderungen im kommenden Jahr überprüft. Auch zusätzliche Eigenmittel für die EU werden erwogen.
- 3 Wasserstoffbank:** Der Europäische Grüne Deal bleibt eines der zentralen Ziele der EU-Kommission. Die EU will bis 2050 klimaneu-

tral wirtschaften. Wasserstoff gilt dabei als Energieträger der Zukunft. Von der Leyen hatte bereits in ihrer diesjährigen Rede zur Lage der Union den Aufbau einer Wasserstoffbank angekündigt. 3 Milliarden Euro stehen zur Verfügung, unter anderem, um eine europäische Wasserstoffwirtschaft aufzubauen. Von der Leyen betonte die Bedeutung des Energieträgers: „Wasserstoff kann Europa grundlegend verändern.“

- 4 Binnenmarkt:** 2023 jährt sich die Einführung des Europäischen Binnenmarkts zum 30. Mal. Die EU-Kommission strebt an, weitere Umsetzungslücken bei der Vervollständigung des Binnenmarkts abzubauen. Zudem werden Unternehmen entlastet, etwa durch ein einfacheres Patent- und Lizenzierungssystem. Auch eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung wird vorangetrieben.
- 5 Praktika-Offensive:** 2023 wird das Europäische Jahr der Kompetenzen. Neben einer Reihe von Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung legt die Kommission eine Initiative vor, um europaweit gemeinsame Standards für Praktika und eine gerechte Entlohnung von Praktikantinnen und Praktikanten zu verankern.
- 6 Digitale Reisedokumente:** Die EU-Kommission hatte die Jahre bis 2030 zur „digitalen Dekade“ ausgerufen. Um das Reisen im Schengen-Raum einfacher und sicherer zu machen, erfolgt ein Vorstoß zur Digitalisierung von Reisedokumenten.
- 7 Digitaler Euro:** Die europäische Gemeinschaftswährung ist seit zwanzig Jahren im Umlauf. Im kommenden Jahr legt die EU-Kommission eine Initiative für einen digitalen Euro vor, um die Währung zukunftsfest, sicher und für alle praktikabel zu machen.

Bei der Vorlage des Programms im Europäischen Parlament rief Šefčovič Abgeordnete und Mitgliedstaaten zu einer konstruktiven Zusammenarbeit auf: „Ich wünsche mir, dass das Europäische Parlament und der Rat rasch zu einer Einigung über die zentralen Legislativvorschläge gelangen, damit wir unseren Bürgerinnen und Bürgern und unseren Unternehmen in diesen herausfordernden Zeiten konkrete Ergebnisse liefern können.“ (pr) >|

▮ *Arbeitsprogramm 2023*

## Strategische Ziele

Das Arbeitsprogramm für das kommende Jahr unterstützt die sechs strategischen Ziele der EU-Kommission von Präsidentin Ursula von der Leyen: den europäischen Grünen Deal, der Europa bis 2050 klimaneutral macht, die Digitalisierung, den Schutz der europäischen Lebensweise, eine stärkere Rolle Europas in der Welt, eine Wirtschaft im Dienste des Menschen und neue Impulse für die europäische Demokratie.

FONDS FÜR EINEN GERECHTEN ÜBERGANG

## EU gibt 2,5 Milliarden Euro für deutsche Braunkohlereviere frei

Die Europäische Union unterstützt den Aufbruch der deutschen Braunkohleregionen in eine klimaneutrale Wirtschaft. So erhalten die Reviere in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt 2,5 Milliarden Euro aus dem EU-Fonds für einen gerechten Übergang, um ihre Wirtschaft nachhaltig umzugestalten. Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, sagte bei der Freigabe der Mittel: „Der Fonds für einen gerechten Übergang wird diejenigen unterstützen, welche die größten sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des ökologischen Wandels tragen.“



© Shutterstock

> Der Fonds für einen gerechten Übergang – Just Transition Fund (JTF) – ist Teil des europäischen Grünen Deals, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent macht. Von den insgesamt 17,5 Milliarden Euro aus dem EU-Fonds wurden bei einer Feierstunde in Magdeburg 2,5 Milliarden Euro für drei deutsche Braunkohleregionen sowie für vier von fossilen Brennstoffen abhängige Gebiete freigegeben. Ferreira erklärte in ihrer Grußbotschaft: „Mit den JTF-Programmen wird sichergestellt, dass auf dem Weg zur Klimaneutralität niemand zurückgelassen wird.“

Insgesamt hängen in Deutschland die Arbeitsplätze von rund 51.000 Menschen von der Braunkohle ab. Die EU investiert in den entsprechenden Regionen in den Ausbau nachhaltiger Energieträger wie Wasserstoff, die Entwicklung neuer Technologien sowie die Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten. So ist unter anderem vorgesehen:

- > **Brandenburg** mit der Braunkohleregion Lausitz erhält 785 Millionen Euro, um seine Wirtschaft zu diversifizieren. Am vom fossilen Energieträger Erdöl abhängigen Raffineriestandort Schwedt wird in unter anderem in einen Innovationscampus investiert. Ferreira hatte die Lausitz-Region rund um Cottbus bereits im Januar 2020 besucht und dabei auch das Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe besichtigt. Dort wird ein Batteriespeicher mit einer Leistung von 50 MW aufgebaut, um Energie aus Wind und Sonne für Flauten und Spitzenzeiten vorzuhalten. Ferreira erklärte: „Was mich bei meinem Besuch am stärksten beeindruckt hat, war der Geist der Partnerschaft in der Region.“
- > **Sachsen** mit seinen Anteilen an den Braunkohleregionen Lausitz und Mitteldeutsches Revier erhält 645 Millionen Euro. Allein 70 Millionen

Euro fließen nach Chemnitz. In Europas Kulturhauptstadt 2025 wird bis Ende des Jahrzehnts das Braunkohlekraftwerk stillgelegt, so lassen sich pro Jahr rund eine Million Tonnen Kohlendioxid einsparen. Die Fördermaßnahmen dienen unter anderem zur Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten des Kraftwerks, etwa für Schulungen im Umgang mit alternativen Energieträgern.

*Blick in einen aktiven Braunkohletagebau bei Cottbus, Brandenburg. Die Braunkohle wird mit Hilfe von riesigen Schaufelradbaggern abgebaut.*

“ Kohäsionspolitik ist die stille Kraft der europäischen Integration. ”

Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen

- > **Sachsen-Anhalt**, wo die andere Hälfte des Mitteldeutschen Reviers liegt, wird mit 364 Millionen Euro beim Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützt. Zum Beispiel wird am Braunkohlestandort Zeitz die ehemalige ZEKIWA-Produktionsstätte in ein nachhaltiges Zentrum der Kreativwirtschaft umgewandelt. Der Umbau erfolgt im Zuge des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB), einer Initiative der EU-Kommission, die Design und Nachhaltigkeit verbindet.
- > **Nordrhein-Westfalen** erhält 563 Millionen Euro. Die Region hat den Ausstieg aus der Steinkohle bereits erfolgreich bewältigt und in nachhaltige Technologien investiert. Ende des Jahrzehnts endet auch der Abbau von Braunkohle im Rheinischen Revier. Unter anderem gibt es Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte. Ferreira bekräftigte: „Der Fonds für einen gerechten Übergang wird den am stärksten vom ökologischen Wandel betroffenen Regionen helfen, aus der Kohle auszusteigen.“ (pr)

&gt;|

■ Strukturwandel

EUROPA VOR ORT

# Wie Magdeburg vom europäischen Chip-Gesetz profitiert

Magdeburg blickt nach vorn. Und die Europäische Union hat daran einen entscheidenden Anteil. Magdeburgs Wirtschaftsbeigeordnete Sandra Yvonne Stieger erklärt: „Intel bedeutet Aufbruch. Und ganz klar: Ohne das europäische Chip-Gesetz hätte es diese Investitionsentscheidung nie gegeben.“



*Noch gibt es das Chip-Werk in Magdeburg nur im Modell. Spätestens 2027 sollen dort die ersten Halbleiter ausgeliefert werden.*

## Europäische Initiativen

Im Februar 2022 legte die EU-Kommission das Europäische Chip-Gesetz (European Chips Act) vor. Ziel ist es, die Halbleiter-Fertigung in Europa voranzutreiben und damit die strategische Unabhängigkeit der EU zu stärken. Neben der heimischen Forschung wird vor allem ein Ausbau der Produktion von Mikrochips in Europa gefördert.

Im Juli 2021 startete die Kommission die Industrieallianz für Prozessoren und Halbleitertechnik, um Europas technologische Kräfte zu bündeln. Im Dezember 2020 vereinbarten mehr als zwanzig Mitgliedstaaten der EU, Europas Wertschöpfungskette im Bereich Elektronik zu stärken.

> Der US-Halbleiterhersteller Intel investiert 23 Milliarden Euro in neue Anlagen in der EU, die größte Einzelinvestition geht nach Magdeburg. 17 Milliarden Euro fließen in ein neues Halbleiter-Werk in Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt. Stieger hat die Industrie-Ansiedlung für die Stadt miteingefädelt und erklärt: „Das Chip-Gesetz ist ein großer und wichtiger Schritt.“ Das gilt für Magdeburg, Sachsen-Anhalt und für die Europäische Union.

Magdeburg profitiert beim Aufbruch in die Zukunft von einer europäischen Offensive. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte das europäische Chip-Gesetz im vergangenen Jahr angestoßen. Die Pandemie hatte die Anfälligkeit weltweiter Lieferketten gezeigt. Ziel der Initiative der Präsidentin war es daher, Europa unabhängiger von Halbleiter-Importen zu machen. Im Februar folgte der Entwurf für das europäische Chip-Gesetz.

Bis zum Jahr 2030 mobilisieren EU und Mitgliedstaaten rund 43 Milliarden Euro, um eine eigene Halbleiterindustrie in Europa aufzubauen. Ziel ist, den europäischen Anteil an der weltweiten Chip-Produktion von derzeit 10 auf 20 Prozent im Jahr 2030 zu verdoppeln.

Magdeburg spielt dabei eine zentrale Rolle. Stieger erklärt: „Früher waren Halbleiter einfach Bauteile, aber seit Russlands Angriff auf die Ukraine geht es um kritische Infrastruktur.“

Noch liegen im Gewerbegebiet Eulenberg am südöstlichen Stadtrand Wiesen und Felder brach. Im kommenden Jahr nehmen dort Bagger und Lastwagen die Arbeit auf. Dann startet der Bau des Chip-Werks. Spätestens 2027 werden die ersten Halbleiter „Made in Magdeburg“ ausgeliefert.

Rund 3.000 Jobs baut Intel in Magdeburg auf, bis zu 10.000 weitere Arbeitsplätze entstehen über Zuliefererbetriebe und weitere Job-Effekte. Erste Stellen sind bereits ausgeschrieben.

Stieger beobachtet bereits eine Trendumkehr und sagt: „Lange Zeit haben viele die Stadt nach ihrer Ausbildung verlassen. Intel bietet die Chance, wieder zurückzukehren.“ Und Magdeburg macht noch mehr: Über die Initiative MagdeMINT werden Kinder – gerade solche aus benachteiligten Familien – gezielt an Mathematik, Naturwissenschaften und Technik herangeführt. In Sachsen-Anhalt herrscht Aufbruchstimmung.

Europas Halbleiter-Initiative bringt nicht allein in Magdeburg vieles auf den Weg. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton erklärt: „Intels Entscheidung wird über die gesamte Wertschöpfungskette tausende Jobs in der gesamten EU schaffen.“ So baut Intel auch sein Werk in Irland aus, in Frankreich entsteht eine Stelle für Chip-Design, in Italien wird ein Verpackungszentrum errichtet. Europa geht die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam an.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagt: „Das Europäische Chip-Gesetz wird die globale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Binnenmarkts verändern. Kurzfristig wird es unsere Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Krisen erhöhen, indem wir Störungen der Lieferkette antizipieren und vermeiden können. Mittelfristig wird es Europa zu einer führenden Position in dieser strategisch wichtigen Branche verhelfen.“ (pr) >|

■ *Europäisches Chip-Gesetz*

## Europa in Zahlen

# 400

Millionen Euro investiert die Europäische Union in 75 Startups europaweit. Unter den Unternehmen finden sich auch acht deutsche Firmen, sie stammen aus Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen und Niedersachsen. Sie erhalten im Rahmen der Accelerator-Förderung des Europäischen Forschungsrates (EIC) eine Kombination aus Zuschüssen und Kapitalbeteiligungen.

Der EIC-Accelerator unterstützt kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Entwicklung und Umsetzung von bahnbrechenden Innovationen. So hat das Potsdamer Start-up Poröse eine Methode zur Früherkennung von Osteoporose (Knochenschwund) entwickelt. Das Unternehmen Reactive Robotics in München forscht an Robotern zur besseren Betreuung von Intensivpatienten. Die Firma Highline Technology in Freiburg verbesserte die ressourcenschonende Herstellung von Solarzellen. EU-Forschungskommissarin Mariya Gabriel erklärte: „Das große Interesse am Accelerator-Programm bestätigt seine Relevanz.“

Startup-Förderung

## Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 01.11.2022 18.00–20.30 Uhr	„Berlin – Stadt der Einheit?“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Deutsche Gesellschaft e. V.	Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Kronenstraße 5 10117 Berlin	www.deutsche-gesellschaft-ev.de/presse/aktuelles/1590-podiumsdiskussion-berlin-stadt-der-einheit-1.html
> 03.11.2022 10.00–12.00 Uhr	„EP-Berichterstatteerin im Dialog: Birgit Sippel“ Vorstellung des Verordnungsentwurfs über das Screening von Drittstaatsangehörigen <b>Veranstalter:</b> Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland, Netzwerk EBD	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://crm.netzwerk-ebd.de/index.php?q=civCRM/event/register&reset=1&id=65
> 10.11.2022 19.00–20.30 Uhr	„Europa und die Welt. Die Erörterung aktueller Ereignisse im historischen Kontext“ Ringvorlesung <b>Veranstalter:</b> VHS Haan, Europa-Union Haan	VHS Haan Dieker Straße 49 42781 Haan	www.vhs-hilden-haan.de/programm/weltansichten/kurs/Europa-und-die-Welt-Die-Eroerterung-aktueller-Ereignisse-im-historisch/X10011#inhalt
> 12.11.2022 11.00–17.00 Uhr	„JuBi – Die JugendBildungsmesse“ Messe für Schüleraustausch, High School, Sprachreisen, Praktika, Au-Pair, Studium im Ausland, Work & Travel und Freiwilligendienste <b>Veranstalter:</b> weltweiser – Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Gymnasium Schillerschule Ebellstraße 15 30625 Hannover	https://weltweiser.de/jubi-messe-hannover/
> 15.–16.11.2022 11.00 Uhr	„Gesellschaft im Wandel? Der Blick der Generation Einheit auf die Transformation“ Konferenz <b>Veranstalter:</b> Deutsche Gesellschaft e. V.	Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Kronenstraße 5 10117 Berlin	www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1581-2022-tagung-gesellschaft-im-wandel.html
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: <a href="https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de">https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de</a>			

## IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2022

**Herausgeber:**

**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Jörg Wojahn  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

**Herstellung:**

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



EUROSTAT

## Ausgabe 2022 des Regionalen Jahrbuchs

Das Statistische Amt der Europäischen Union Eurostat hat sein Regionales Jahrbuch 2022 veröffentlicht, das einen detaillierten Überblick über ein breites Spektrum statistischer Themen in den Regionen der Mitgliedstaaten bietet. Unter anderem enthält es Regionalstatistiken zu Themen wie Bevölkerung, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt, Lebensbedingungen, digitale Gesellschaft, Wirtschaft, Unternehmen, Forschung und Entwicklung, Tourismus, Verkehr, Umwelt und Landwirtschaft. Die Daten werden durch Karten, Zahlen und Infografiken veranschaulicht, die die Analyse der wichtigsten Ergebnisse begleiten. Die diesjährige Veröffentlichung befasst sich insbesondere mit der Initiative Europäisches Jahr der Jugend 2022 sowie mit den Auswirkungen der Pandemie auf die Bevölkerung, die Wirtschaft, den Tourismus und die Beschäftigung.



■ *Eurostat Jahrbuch*

PRAXIS:IDEENSAMMLUNG

## Nachhaltigkeit im Rahmen internationaler Projekte

Mit dem Europäischen Grünen Deal und den aktuellen klimatischen und geopolitischen Entwicklungen gewinnt Nachhaltigkeit immer mehr an Bedeutung. Sie ist bereits länger Teil der europäischen und weltweiten Bildungsarbeit und eine der vier großen Prioritäten im Bildungsprogramm Erasmus+. Mit einer Ideensammlung will die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA BIBB) das dringende Thema aufgreifen. Die Sammlung grüner Ideen stammt aus der Praxis und soll zeigen, welche grünen Maßnahmen bereits möglich sind. Unter anderem wurden in einer Umfrage bisherige Projektträger aufgefordert, ihre Ideen und Erfahrungen für eine grüne Praxis einzubringen. Die Themenspanne reicht vom Projektmanagement über grünes Reisen bis hin zur Entwicklung von Bildungsmaterialien.



■ *Praxis Ideensammlung*

ÖFFENTLICHE KONSULTATION

## Modernisierung der Verbraucherrechte in der EU

Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU sollen online dieselben Rechte genießen wie offline. In einer öffentlichen Konsultation holt die Kommission daher Meinungen zu Änderungen an der Verordnung über die Zusammenarbeit der europäischen Verbraucherschutzbehörden ein. Die Digitalisierung der Verbrauchermärkte und neue Geschäftsmodelle stellen die Durchsetzung des EU-Verbraucherrechts vor neue Herausforderungen. Die EU-Kommission will daher die bestehenden Regeln an die neuen Bedingungen anpassen und bittet alle interessierten Kreise um ihre Beiträge. In einer zweiten Konsultation bittet die Kommission um Beiträge zu den Rechtsvorschriften zur alternativen Streitbeilegung zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmen. Mit dieser Initiative sollen die bestehenden Regeln im Hinblick auf Online-Vermittler, vorvertragliche Informationen und Unternehmer aus Drittländern aktualisiert werden. Die Konsultationen laufen bis zum 1. Dezember 2022.

■ *Öffentliche Konsultation*

NEUES ONLINE-TOOL

## Desinformation erkennen und reagieren

Was ist Desinformation und Informationsmanipulation? Können wir vermeiden, auf sie hereinzufallen? Und wenn wir sie erkennen, was können wir tun? Antworten und Hilfestellung soll ein neues Online-Tool geben, das der Diplomatische Dienst der Europäischen Union lanciert hat. Es nennt sich „Learn“ und wurde entwickelt von der „East Stratcom Task Force“ des Diplomatischen Dienstes, zu Deutsch „Strategisches Kommunikationsteam Ost“. Im Netz ist die Arbeitsgruppe unter dem Begriff „EU vs Disinfo“ zu finden.

„Learn“ soll den Anwendern erleichtern, die Relevanz und Zuverlässigkeit von Quellen einzuschätzen und reagieren zu können. Es werden Mechanismen und Taktiken erklärt, man bekommt Einblicke in das krenlfreundliche Medienökosystem und in die Denkweise, die hinter ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung steckt. Der Inhalt der Seite kann leicht in praktische Übungen und Fallstudien für Schulklassen übertragen werden.

■ *Online-Tool gegen Desinformation*

